

Umschau Zeitschriftenverlag, Pfl. 110 262, 60037 Ffm., PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bez.  
 O D 4323E 001A019 0415839 00450  
 ZENTRALBIBLIOTHEK  
 DER MEDIZIN  
 ZEITSCHRIFTENSTELLE  
 JOSEPH-STELZMANN-STR. 9  
 50931 KÖLN

21.0  
 2119 X  
 ZB MED

Bitte geben Sie bei Korrespondenzen mit dem Vertriebsservice immer die siebenstellige Kundennummer an (vorherige Zahlenblock auf dem Adresslabel), Umschau Zeitschriftenverlag, Postfach 11 82, 60037 Frankfurt/Postvertriebsstück D 4323 E, Entgelt bezahlt.

## Berlin (eck) – Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt will das Thema „Positivliste“ auf das Jahr 2003 verschieben.

Die Ministerin plant, wie aus Kreisen der Bundesregierung verlautet, dies auch gesetzlich zu regeln. Sie will offenbar die Verschiebung an die avisierten gesetzlichen Regelungen über die Arzneimittelfestbeträge ankoppeln. Begründet wird die Verschiebung damit, dass die erforderliche Qualität einer solchen Liste derzeit nicht gesichert sei. Damit dürfte die Kommission zur Erstellung einer Positivliste zur Mitte des Jahres – wie es ursprünglich geplant war – keine Vorschlagsliste präsentieren.

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V. (BPI) bewertete den

Vorgang als einen ersten Schritt zum völligen Verzicht auf die Positivliste. Bereits bei einer Sitzung des erweiterten BPI-Vorstands Mitte März hatte Schmidt zugesagt, die Thematik in der Koalitionsfraktion erneut zu besprechen. Ende vergangenen Jahres hatte der Verband mit einer Kampagne zahlreiche Initiativen auf unterschiedlichen Ebenen gegen die Positivliste gestartet. Auch Alwin Ziel, Gesundheitsminister von Brandenburg und Sachsens Gesundheitsminister Dr. Hans Geisler haben sich gegenüber dem BPI gegen die Positivliste ausgesprochen. Zusammen mit den erforderlichen Nachzulassungen für DDR-Arzneimittel, die im Einigungsvertrag „vergessen“ worden seien, könne eine Positivliste in den neuen Ländern bis zu 6000 Arbeitsplätze gefährden.

# GKV-Jahresabschluss

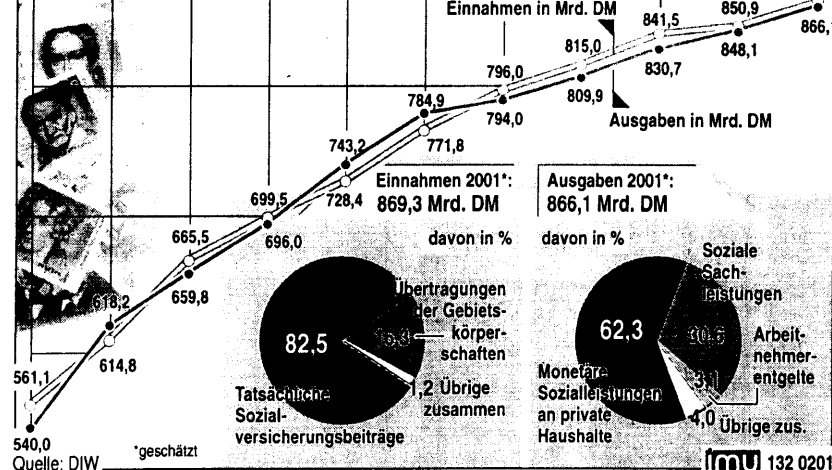
Ministerium: Arzneimittelausgaben sind „problematisch“

**Berlin – Die Gesetzliche Krankenversicherung hat das Jahr 2000 bei einem Finanzvolumen von rund 261 Milliarden Mark und einem Überschuss von etwa 610 Millionen Mark abgeschlossen. Das erklärte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt in Berlin.**

Demnach betrug der Überschuss in den neuen Ländern rund 960 Millionen Mark, in den alten Länder gab es ein Defizit von 340 Millionen Mark. Der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz lag zum 1. Januar 2001 mit 13,54 Prozent um 0,1 Beitragspunkt unter dem Wert von Anfang 1998. Damit, so die Ministerin, sei von der gesetzlichen Krankenversicherung keine Belastung für die Lohnnebenkosten ausgegangen. Die beitragspflichtigen Einnahmen sind bundesweit um rund

1,7 Prozent gestiegen. Die Einnahmen aus geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen im Jahr 2000 haben nach Angaben des Ministeriums Mehreinnahmen in Höhe von rund drei Milliarden Mark gebracht – eine Milliarde Mark mehr als geschätzt.

Die Leistungsausgaben der Krankenkassen des vergangenen Jahres sind im Bundesdurchschnitt uneinheitlich um etwa 2,1 Prozent je Mitglied gestiegen. Die Zuwachsrate von nahezu fünf Prozent bei den Arzneimitteln dagegen nannte das Ministerium „problematisch“. Auch in Zukunft, so die Ministerin, könne auf die Ausschöpfung von Reserven bei der Arzneimittelversorgung nicht verzichtet werden. Aus diesem Grund will das Ministerium das Einsparvolumen bei den Festbeträgen durch eine „rechtssichere Lösung so weit wie möglich“ realisieren.



**SOZIALVERSICHERUNG MIT ÜBERSCHÜSSEN:** Nach starken Schwankungen der Haushaltsergebnisse zu Beginn der neunziger Jahre zeigen sich seit 1997 durchweg Überschüsse. Auch für die kommenden zwei Jahre wird ein Plus von jeweils drei Milliarden Mark erwartet.

## Konzertierte Aktion „ineffizient“

**Berlin (vo/lib) –** Als „zu groß, zu wenig überschaubar und zu ineffizient“, beurteilt die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen. Die künftigen Reformen werden an einem Runden Tisch mit weniger Teilnehmern und entsprechenden Arbeitsgruppen vorbereitet.

Einen solchen Runden Tisch favorisieren auch der Präsident der Bundesärztekammer, Jörg Dietrich Hoppe, und Eckhard Fiedler, Chef der Barmer Ersatzkasse. Das alte schwerfällige Gremium der Konzertierten Aktion (KA) von über 40 Verbänden und Organisationen wurde für nicht arbeitsfähig gehalten. Von dem ehemaligen Arbeitsminister Herbert Ehrenberg 1977 gegründet, galt sie jahrelang als „Treffen aller mit allen“. Über einen reinen Empfehlungscharakter gingen die Ergebnisse der Sitzungen der Konzertierten Aktion allerdings nicht hinaus.

gen der Krankenhausversorgung und -finanzierung, die Qualitätssicherung im Krankenhaus, das Vertragsarztrecht und medizinische Fragen der gesetzlichen Krankenversicherung.

Smigielski verfügt über reiche Erfahrung aus unterschiedlichen Bereichen des Gesundheitswesens. Er arbeitete beim AOK-Bundesverband, war Geschäftsführer bei der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein sowie Geschäftsführer beim Verband forschender Arzneimittelhersteller. Zuletzt war er Geschäftsführer der Patienten-Heim-Versorgung.

Priv.-Doz. Dr. med. Stefan Winter übernimmt die Aufgaben von Ulrike Riedel. In seine Verantwortung fallen die Fragen der Medizinethik, der Humangenetik und der molekularen Medizin, die Gesundheitsberufe und Grundsatzfragen des Gesundheitsrechts.

## AUS DEM INHALT

### Fit fürs Internet

Bisher haben nur knapp 300 von 800 deutschen Pharmafirmen eine Homepage. Das sollte besser werden, fordert der BPI. Seite 2

### 630-Mark-Jobs boomen

Kurt Kieselbach, Medizinjournalist aus Bonn, analysiert die Auswirkungen der „Billigjobs“ auf die Sozialversicherung. Seite 3

### EU mischt stärker mit

Die Europäische Union gewinnt auch in Gesundheitsfragen immer mehr Einfluss auf Belange „öffentlicher Gesundheit“. Seite 4

### Geschichte des Pflasters

Pflaster spielen in der Heilkunde seit Jahrtausenden eine wichtige Rolle. Seite 7

### Impressum

Seite 8

### Termine

Seite 8